



## Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bündnis 90/Die Grünen  
Berichterstatterin für Arbeitnehmer:innenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

**Berlin**  
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
Tel: (030) 227 73041  
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

**Wahlkreis**  
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen  
Tel: (07121) 9092411  
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

---

Berlin, 14. November 2023

## Pressemitteilung

### Bürgergeldreform hat wichtige Fortschritte gebracht

Zur Forderung der Union, das Bürgergeld abzuschaffen und eine Arbeitspflicht einzuführen, erklären **Beate Müller-Gemmeke**, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, und **Stephanie Aeffner**, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales:

Die Einführung des Bürgergelds war richtig und längst überfällig. Denn das Bürgergeld setzt auf Qualifizierung und Weiterbildung der Menschen. In all den Jahren vorher wurde deutlich, dass eine schnelle Vermittlung und der Zwang, jegliche Arbeitsstelle anzunehmen, nicht zu dauerhafter Beschäftigung führen. Arbeits- und Fachkräftemangel lassen sich nur dann sinnvoll bekämpfen, wenn die Menschen auch zu den gefragten Tätigkeiten passen. Die Ampel-Koalition hat außerdem die Leistungskürzungen begrenzt und damit ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt. Danach ist eine komplette Kürzung des Existenzminimums verfassungswidrig. Es hat sich nichts daran geändert, dass nur bedürftige Menschen Leistungen erhalten und sie auch weiterhin mitwirken müssen, um einen Job aufzunehmen. Die populistische Forderung der Union geht also an der Realität vorbei und verkennt, wer überhaupt Bürgergeld bezieht. Ein großer Teil sind Kinder, Jugendliche oder Menschen, die ihren Lohn aufstocken müssen. Es ist stigmatisierend und insbesondere falsch, im öffentlichen Diskurs zu suggerieren, die Menschen würden nicht arbeiten wollen.